



Home | Latest News Edition | Fonds-Tools | Aktien-Tools
 Politik + Gesellschaft | Unternehmen + Branchen | Technik + Medien | Börsen + Märkte

Stichwortsuche

 OK
[Mehr Optionen](#)

Kurssuche

 OK
[Mehr Optionen](#)

Trader-Box

Das Kapital

Selbst eine Depression ist möglich [Artikel](#)

Das höhere Risiko ist im US-Markt noch nicht drin [Artikel](#)

Der Ölpreis wird auf lange Sicht stärker schwanken [Artikel](#)

Analystenstimmen

Morgan Stanley stuft RTL auf underperform zurück [Artikel](#)

WGZ-Bank bestätigt RWE mit 'Outperformer' [Artikel](#)

Goldman Sachs hält Merck auf 'Market Outperformer' [Artikel](#)

[Weitere Artikel](#)

Neuemissionen

Prada verschiebt seinen Gang an die Börse [Artikel](#)

Fußballverein Juventus Turin geht an die Börse [Artikel](#)

Börse Inside strebt an den Freiverkehr [Artikel](#)

[Graumarkt-Kurse](#)

Börsenticker

[Windows Börsenticker abrufen](#)

ftd.de als Startseite

Recherche
 Zeitung
 Palm, Handy & Co
 Leserbriefe
 Registrieren
 Stellenmarkt
 Book-Shop
 Kontakt

ftd.de, Fr, 22.6.2001, 15:30

Schmerzensgeld für Strahlenopfer gefordert

Der Anwalt von Strahlenopfern der Bundeswehr hat Schmerzensgeld in Millionenhöhe für die Soldaten verlangt. Auch ehemalige Soldaten der Nationalen Volksarmee wollen Zahlungen durchsetzen.

Die Bundeswehr habe Radartechniker in den 60er, 70er und Anfang der 80er Jahre wissentlich "verheizt", sagte der Berliner Anwalt Reiner Geulen am Freitag. Sollte das Verteidigungsministerium die Rentenansprüche und Schmerzensgeldforderungen nicht schon in den nächsten Wochen anerkennen, werde gerichtlich vorgegangen. Möglich seien Musterklagen bis zum Bundesverfassungsgericht. Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) hatte am Vortag großzügige und "streitfreie" Regelungen noch in diesem Jahr angekündigt.

Die Strahlenbelastung der Betroffenen habe den höchstzulässigen Grenzwert für die Bevölkerung pro Jahr um das 5000 bis 20.000fache überschritten. Dokumente belegten, dass die Bundeswehr seit Ende der 50er Jahre über die Risiken informiert gewesen sei, dennoch die Radargeräte nicht mit den nötigen Schutzvorrichtungen ausgerüstet und ihre Mitarbeiter auch nicht gewarnt habe.

Leukämie und Missbildungen

Bei den mehr als 100 Mandanten, die der Anwalt vertrete, seien unter anderem Leukämie und Missbildungen der Kinder die Folge gewesen. Im Interesse der Kranken werde eine außergerichtliche, aber schnelle Einigung angestrebt. Bis zum 16. Juli solle Scharping mitteilen, ob er die Ansprüche anerkenne, zu deren Erstattung das Ministerium verpflichtet sei. Der Vertreter der Opfer, Roger Steinbauer, sagte, nach seinen Erfahrungen mit der Ministerialbürokratie sei er skeptisch.

Geulen hat nach eigenen Angaben mit der Selbsthilfeorganisation der Opfer, dem Bund zur Unterstützung Radargeschädigter und dem Gesundheitsinternetportal medicine-worldwide genau ermittelt, an welchen Geräten die Betroffenen seit den 60er Jahren gearbeitet hatten und welcher Strahlenbelastung sie ausgesetzt waren. Die Überprüfungen gingen weit über den Bericht der von Scharping eingesetzten

Weitere News

Unternehmen + Branchen

Einstellungsstopp, aber keine Entlassungen [Artikel](#)

Benzin teurer - Opec-Öl billiger [Artikel](#)

Steuererhöhung überrascht Assekuranz [Artikel](#)

Technik + Medien

Computec verklagt Axel Springer Verlag [Artikel](#)

Nimda-Virus steckt in Webseiten [Artikel](#)

Prognosebestätigung lässt Kurs klettern [Artikel](#)

Börsen + Märkte

Die Flugzeugbauer trifft es doppelt hart [Artikel](#)

Unsicherheit überwiegt [Artikel](#)

Aktien mit doppeltem Boden [Artikel](#)

Partnersites

untersuchungskommission hinaus, die am vorgang
Versäumnisse der Bundeswehr eingeräumt hatte,
sagte Geulen. Er wirft der Kommission vor, das
Verhalten der Bundeswehr zu verharmlosen, indem
sie ihr damalige Unkenntnis zu Gute halte.

Auch NVA Soldaten

Auch ehemalige Soldaten der Nationalen
Volksarmee (NVA) wollen Zahlungen durchsetzen.
Der Bund zur Unterstützung Radargeschädigter
spricht von vier Opfern, von denen drei gestorben
seien. Der Deutsche Bundeswehr-Verband will
mögliche Ansprüche prüfen. "Es müsste mit dem
Teufel zugehen, wenn es im ehemaligen
Warschauer Vertrag nicht auch gesundheitliche
Schädigungen durch Radargeräte gab", sagte
Verbandschef Bernhard Gertz. Eine Entschädigung
sei aber schwieriger, da das
Soldatenversorgungsgesetz hier nicht greife.

© dpa

 Artikel
[Zurück](#)

- [Version zum Drucken](#)
- [Als E-Mail verschicken](#)
- [Leserbrief schreiben](#)

Die aktuellen Artikel aus Politik + Gesellschaft / Deutschland

- Terroristen in Deutschland: Schlafes Brüder
- Terroranschläge: 30 ´Schläfer´ in Deutschland vermutet
- Riester soll das BHW-Geschäft beflügeln
- Zusätzliche Milliarden für innere Sicherheit
- Bundestag erklärt Bereitschaft zu Militäraktionen

© 1999-2001 Financial Times Deutschland

[Home](#) · [Fonds-Tools](#) · [Aktien-Tools](#)
[Politik + Gesellschaft](#) · [Unternehmen + Branchen](#) · [Technik + Medien](#) · [Börsen + Märkte](#)

 Recherche: · [Creditreform](#) · [Hoppenstedt](#) · [Munzinger](#) · [7-Tage-Überblick](#) ·

 Zeitung: · [Heute in der Zeitung](#) · [Zeitung abonnieren](#) · [Zeitungs-Archiv](#) · [Service für Abonnenten](#) ·
[Leserbriefe](#)

 Registrieren: · [Persönliches Profil erstellen](#) · [Newsletter abonnieren](#) · [PDA einrichten](#) · [SMS einrichten](#) · [WAP einrichten](#) · [eBook einrichten](#) · [Guided Tour](#) · [Logout](#)
[Stellenmarkt](#) · [Book-Shop](#)
 Kontakt: · [Impressum](#) · [Mail an FTD](#) · [Media](#) · [Jobs bei der FTD](#) · [Wir über uns](#) · [Hilfe](#) · [Sitemap](#)